

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Januar 2018

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen wie Luft- und Drohnenangriffen, Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. In der vergangenen Woche waren folgende Provinzen betroffen: Farah, Herat, Badghis (Westen), Helmand, Uruzgan, Zabul, Nimroz (Süden), Kunduz, Badakhshan, Takhar, Baghlan (Nordosten), Logar (Zentrum), Khost, Ghazni (Südosten), Nangarhar, Laghman (Osten), Jawzjan (Norden, hier soll es heftige Kämpfe zwischen Taliban und IS geben), Faryab sowie Balkh (Norden).

Anschläge und Übergriffe

Am 16.01.18 wurde berichtet, dass die Taliban den Farah-Herat Highway gesperrt und in den Außenbezirken von Farah City fünf Reisende entführt hätten. Die Opfer sollen Studenten aus einer anderen Provinz sein.

Am 17.01.18 kam es in Takhar (Nordosten) zur Verhaftung eines mutmaßlichen Selbstmordattentäters, bevor er sein Ziel erreichte. In der Provinz Khost (Südosten) wurde ein Bombenanschlag der Taliban auf Regierungseinrichtungen vereitelt. In Logar (Zentrum) enthaupteten Taliban ein Mitglied der Afghan Local Police (ALP).

Am 18.01.18 starben in Nangarhar (Osten) zwei Taliban-Mitglieder, als der von ihnen mitgeführte Sprengstoff explodierte.

Am 20.01.18 wurde in Gardez (Hauptstadt von Paktia, Südosten) ein Zivilist bei einem Bombenanschlag getötet und einer verletzt. In Kunduz (Nordosten) konnte ein Selbstmordattentäter rechtzeitig verhaftet werden. In Nimroz (Süden) haben die Taliban Checkpoints errichtet, an denen sie „Zoll“ fordern. In Helmand (Süden) konnten 67 Menschen, darunter Polizisten und Soldaten, aus der Taliban-Gefangenschaft befreit werden.

Am Abend des 20.01.18 griffen fünf bewaffnete Taliban-Kämpfer das Hotel Intercontinental in Kabul an und lieferten sich ein 17-stündiges Gefecht mit Sicherheitskräften. Neben den Angreifern sollen dabei 24 Menschen getötet worden sein, darunter 18 Zivilisten (14 Ausländer und vier Afghanen). Zehn Menschen seien verletzt worden. Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums soll der Angriff von dem mit den Taliban verbündeten Haqqani-Netzwerk geplant worden sein.

Am 21.01.18 starben in Herat (Westen) 18 Zivilisten bei der Explosion einer Straßenbombe.

Am 22.01.18 sollen Unbekannte in Kabul Mitarbeiter der Vereinten Nationen angegriffen haben. Eine Person sei getötet, eine weibliche UN-Mitarbeiterin und ihr Kind seien entführt worden.

Ägypten

Zehn Personen wegen „Ausschweifung“ verhaftet

Die Polizei verhaftete nach Angaben von Human Rights Watch vom 22.01.18 am 14.01.18 in Alexandria zehn Personen unter dem Vorwurf der „Ausschweifung“. Damit bezeichnen die Behörden Personen, die homosexuellen Verhaltens verdächtigt werden oder homosexuell oder transgender sind. Mit diesen Verhafteten seien seit September 2017 nunmehr mehr als 85 Personen verhaftet worden. Damals hatten junge Leute auf einem Konzert in Kairo die Regenbogenflagge geschwungen. Mehr als 40 Personen seien zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Seit der Machtübernahme durch Präsident al-Sisi im Jahr 2013 sollen nach einem Bericht der Egyptian Initiative for Personal Rights (EIPR) mehr als 230 Personen wegen

„Ausschweifung“ strafrechtlich verfolgt worden sein. Diesem Bericht zufolge wurden die Betroffenen auch gefoltert.

Al-Sisi kandidiert für zweite Amtszeit

Präsident Abdel Fattah al-Sisi gab am 19.01.18 seine Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl bekannt. Die Wahl wird am 16.03.18 beginnen und drei Tage dauern. Al-Sisis Wiederwahl gilt Beobachtern als sicher.

Ägypten/Äthiopien/Eritrea/Sudan/Türkei

Nachhaltige Spannungen am Horn von Afrika

Im Zuge der Entscheidung des Sudans Anfang Januar 2018, die Grenze zu Eritrea zu schließen und Truppen in die Region zu entsenden (BN v. 08.01.18), bemühten sich einige Medien, die Hintergründe zu erläutern. Im Mittelpunkt standen dabei die Spannungen zwischen dem Sudan und Äthiopien auf der einen und Eritrea und Ägypten auf der anderen Seite. Während der Sudan die Maßnahme zunächst mit der Bekämpfung von illegalen Waffenlieferungen, Drogen- und Menschenhandel begründete, hieß es zuletzt, Ägypten habe Truppen in Eritrea – z.B. im grenznahen Militärlager Sawa – stationiert. Die eritreische Regierung bezeichnete dies jedoch als „Fake News“ und warf im Gegenzug dem Sudan und Äthiopien vor, äthiopische Truppen an der sudanesisch-eritreische Grenze zu stationieren, um so den Konflikt mit Äthiopien – Eritrea und Äthiopien führten zwischen 1998 und 2000 einen Grenzkrieg mit ca. 70.000 Toten, wobei sich Äthiopien weigert, den Spruch einer unabhängigen Grenzkommission umzusetzen und eritreisches Gebiet zu räumen – zu verschärfen.

Unterdessen kam es zu Gesprächen zwischen den Außenministern des Sudans und Äthiopiens, gefolgt von der Ankündigung, weitere sudanesischen Truppen an der Grenze zu Eritrea zu stationieren. Zu einem Treffen kam es auch zwischen dem ägyptischen Staatspräsidenten Abdel-Fattah al-Sisi und seinem eritreischen Amtskollegen Isaias Afwerki. Dabei wurde die türkische Militärpräsenz in Somalia und Überlegungen erörtert, eine türkische Marinebasis auf der sudanesischen Insel Suakin im Roten Meer zu errichten. Dies sei eine Gefahr für die Stabilität in der Region und – so Ägypten – eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit. Auch das Verhältnis zwischen Ägypten und Äthiopien ist mit dem äthiopischen Staudammprojekt am Nil belastet. Ägypten befürchtet erhebliche Probleme bei der eigenen Wasserversorgung. Sudan wiederum wirft Ägypten vor, sudanesischen Rebellen zu unterstützen.

Äthiopien

EU-Abkommen für Abschiebungen

Die Europäische Union und Äthiopien haben sich nach Medienberichten auf ein Abschiebeabkommen für abgelehnte Flüchtlinge geeinigt. Das Abkommen sieht vor, dass die Botschaften Äthiopiens auf Antrag europäischer Ausländerbehörden innerhalb von drei Werktagen Abschiebepapiere ausstellen müssen. Gibt es keinen Pass, können die europäischen Ausländerbehörden dem äthiopischen Geheimdienst NISS Dokumente übermitteln, die Rückschlüsse auf die Staatsangehörigkeit zulassen. Auch die Vorführung mutmaßlicher Äthiopier bei der Botschaft zur Befragung soll möglich sein, die dann binnen zwei Wochen entscheiden müsse, ob es sich um einen Äthiopier handelt.

Äthiopien ist neben Mali, Niger, Nigeria und Senegal eines der fünf Länder der „EU Partnership Framework Initiative“. Die EU hat diesen Staaten angekündigt, bei mangelnder Abschiebe-Kooperation Entwicklungshilfe zu streichen.

Amnesty International kritisiert die Beteiligung des Geheimdienstes; dieser sei „immer wieder für die Verfolgung und Verhaftung von Regierungskritikern sowie diverse Menschenrechtsverletzungen bekannt geworden.“

Erneut Tote bei Protesten

Bei Unruhen am 20.01.18 in der Stadt Woldiya (Region Amhara) sind am Rande des christlichen Timkat-Festes (äthiopisch-orthodoxes Fest der Taufe Jesu im Jordan und der Erscheinung des Herrn) mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen, darunter ein Polizist. Augenzeugen berichteten, die Sicherheitskräfte hätten auf Steine werfende Demonstranten geschossen. Hotels, Restaurants und Geschäfte seien von aufgebrachtten Demonstranten in Brand gesteckt worden. In Amhara sowie in der Region Oromia

ist es seit November 2015 immer wieder zu gewaltsamen Protesten gegen die Regierung gekommen. Als Zeichen der nationalen Versöhnung waren am 17.01.18 mehrere Hundert Oppositionelle frei gelassen worden.

China

Maßnahmen gegen protestantische Sekte

Ein Gericht in der Provinz Yunnan verurteilte sechs protestantische Christen wegen der Mitgliedschaft in der wie Falun Gong als „böser Kult“ eingestuften Sekte Three Grades of Servants zu Haftstrafen von bis zu 13 Jahren. Die Verurteilten bestritten eine Mitgliedschaft in der von Xu Shuangfu in der Provinz Henan gegründeten Sekte, die nach eigenem Bekunden Millionen von Mitgliedern hat. Der Menschenrechtsorganisation ChinaAid zufolge gingen Behörden in der Provinz seit 2016 gegen etwa 200 Personen wegen der fälschlich unterstellten Mitgliedschaft in der Sekte vor. Viele befänden sich noch in Haft, manche seien zu Haftstrafen verurteilt worden.

DR Kongo

Mindestens sechs Tote bei Demonstrationen gegen Amtsverbleib von Präsident Kabila

Am 21.01.18 zogen nach dem Sonntagsgottesdienst in Kinshasa und in weiteren großen Städten wie Mbuji-Mayi, Goma und Lubumbashi Demonstranten mit Palmzweigen, Kruzifixen und Bibeln in den Händen durch die Straßen. Zu den Demonstrationen, die sich gegen einen weiteren Amtsverbleib von Staatspräsident Kabila richteten, hatte das Laienkomitee der katholischen Kirche aufgerufen. Die Polizei, die im Vorfeld die Kundgebungen verboten hatte, setzte zur Auflösung Tränengas und scharfe Munition ein. Laut Angaben der im Kongo stationierten UN-Mission MONUSCO wurden in Kinshasa mindestens sechs Personen von den Sicherheitskräften erschossen sowie landesweit 57 verletzt und Dutzende verhaftet. Ein Polizeisprecher berichtete im Fernsehen von zwei getöteten Demonstranten sowie neun verletzten Polizisten. Zuletzt waren am 31.12.17 bei ähnlichen Demonstrationen mehrere Menschen von den Sicherheitskräften getötet worden (vgl. BN v. 08.01.18).

Kosovo

Kosovo-serbischer Politiker erschossen

Am 16.01.18 ist der kosovo-serbische Politiker Oliver Ivanovic in Mitrovica im serbisch besiedelten Nordkosovo auf offener Straße erschossen worden. Der Anschlag erfolgte am Tag, an dem die Regierungen Serbiens und Kosovos erstmals seit über einem Jahr über die Normalisierung der Beziehung der beiden Länder in Brüssel sprechen wollten. Die Gespräche wurden abgebrochen. Serbien berief den nationalen Sicherheitsrat ein. Der Mordanschlag hat international Besorgnis ausgelöst und schürt Ängste vor neuen Gewaltausbrüchen. Die UNO und die EU forderten alle Seiten zur Zurückhaltung auf. Über die Hintergründe der Tat ist bislang nichts bekannt. Ein politisch motivierter Mord wird für denkbar gehalten. Ivanovic hatte viele Feinde, sowohl unter Serben als auch unter Kosovaren.

Ivanovic war ein hochrangiger Vertreter der serbischen Minderheit Kosovos. Er galt als moderater Politiker und wichtiger Vermittler zwischen Serben und Kosovaren. Er war einer der wenigen serbischen Politiker, der Albanisch sprach und die Politik der Regierung in Belgrad öffentlich kritisierte. Oliver Ivanovic hatte in den letzten Monaten vor einer Eskalation der Lage in Nord-Kosovo gewarnt. Er fürchtete auch um seine persönliche Sicherheit und kritisierte kriminelle Gruppen, die angeblich von Belgrad unterstützt werden. Im Juli 2017 war sein Wagen vor seinem Wohnhaus in Brand gesetzt worden und 2014 ein Weggefährte von ihm erschossen worden.

Der Norden Kosovos wird heute überwiegend von ethnischen Serben bewohnt, die den kosovarischen Staat nicht anerkennen. Hier bildete sich eine rechtsfreie Sonderzone heraus, die teilweise von Parallelstrukturen, teilweise von lokalen kriminellen Aktivitäten gefüllt wurde. Die EU bemüht sich seit vielen Jahren, zu vermitteln. Weil sowohl Serbien als auch Kosovo der EU beitreten wollen, haben sich die Regierungen 2013 auf ein Abkommen geeinigt, das eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten vorsieht. Der Prozess gerät allerdings immer wieder ins Stocken und die Lage bleibt angespannt.

Marokko

Weitere Proteste in der Region Jerada

Auch am 20. und 21.01.18 gab es wieder friedliche Proteste gegen die wirtschaftliche Lage in der Region Jerada. Seit dem Tod zweier Brüder in einer Kohlemine in der Provinz haben jedes Wochenende Tausende in der Stadt Jerada demonstriert. Sie werfen der Regierung vor, die Region an der algerischen Grenze zu vernachlässigen. Seit der Schließung der Kohleminen arbeiten die Menschen illegal in den Gruben weiter, weil es in der Region keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Die Regierung hat bereits mit dem Versprechen reagiert, in der Region ein Kohlekraftwerk mit bis zu 500 Arbeitsplätzen zu bauen.

Nigeria

Boko Haram: Zwölf Tote bei Selbstmordanschlägen in Maiduguri

Am 17.01.18 sprengten sich am späten Nachmittag im Außenbereich von Bornos Hauptstadt Maiduguri im Stadtteil Muna Garage auf einem Markt zwei Selbstmordattentäter in die Luft. Laut Angaben der nigerianischen Notfallbehörde SEMA wurden zwölf Menschen getötet und 48 verletzt.

Russische Föderation/Tschetschenien

Kadyrow geht gegen Bürgerrechtler von Memorial vor

In der russischen Teilrepublik Tschetschenien setzen Behörden des Machthabers Ramsan Kadyrow Menschenrechtler immer stärker unter Druck. Ins Visier geraten ist dabei laut der Neuen Zürcher Zeitung vom 22.01.18 die Nichtregierungsorganisation Memorial, eine der wichtigsten Bürgerrechtsgruppen in Russland, die landesweit bereits mit der Etikettierung als ausländischer Agent und anderen staatlichen Hürden in ihrer Arbeit beschränkt wird.

So wurde Anfang Januar 2018 Ojub Titijew, Leiter des tschetschenischen Memorial-Büros, verhaftet. Polizisten hielten sein Auto an, durchsuchten es und behaupteten, rund 200 Gramm Marihuana bei Titijew gefunden zu haben. Ein Gericht verhängte gegen ihn zunächst Untersuchungshaft bis Anfang März. Im Fall einer Verurteilung drohen Titijew wegen illegalen Drogenbesitzes bis zu zehn Jahre Gefängnis. Mitarbeiter von Memorial sind überzeugt, dass die Ermittler das Rauschgift bei ihrem Opfer platziert haben – eine in Russland wohl gängige Methode, um unliebsame Personen zu diskreditieren. In der vergangenen Woche durchsuchten Polizisten schließlich drei Mal das Memorial-Büro in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny, um weitere Beweismittel zu finden. Republikführer Kadyrow bezeichnet die Memorial-Mitarbeiter als von den USA gesteuerte Unruhestifter.

Das amerikanische Außenministerium und der Europarat kritisierten die Verhaftung Titijews.

Somalia

Al-Shabaab erpresst Übergabe von Kindern

Nach einem Bericht von Human Rights Watch (HRW) vom 14.01.18 wies al-Shabaab in von ihr kontrollierten Teilen der Region Bay seit Ende September 2017 Älteste, Lehrer an Koranschulen und Gemeinden in ländlichen Gegenden an, ihr Kinder zu übergeben, andernfalls seien Repressalien und Übergriffe zu erwarten. Betroffen seien Kinder ab etwa acht Jahren. Sie sollen in Schulen der al-Shabaab indoktriniert werden. In den vergangenen Monaten flohen hunderte von Kindern, viele von ihnen ohne Begleitung, in Gebiete, die nicht von den Extremisten kontrolliert werden. Nach Angaben der Somalia-Eritrea Monitoring Group des UN-Sicherheitsrates (SEMG) soll al-Shabaab im Juni 1.745 Älteste in El Bur verhaftet haben, nachdem diese sich geweigert hatten, Kinder zu übergeben. Nach Erkenntnissen der SEMG wurden 300 Kinder entführt und in eine Schule der Extremisten gebracht. HRW zufolge gebe es keine eindeutigen Beweise, dass die entführten Kinder einem militärischen Training unterzogen würden. HRW stellt aber unter Bezugnahme auf SEMG fest, dass einige Schulen der al-Shabaab mit militärischen Trainingseinrichtungen verbunden seien.

Bei einem gemeinsamen Einsatz sollen am 18.01.18 US-Spezialkommandos und somalische Soldaten nahe der Ortschaft Jameco (Region Middle Shabelle) 32 Kinder aus einer Koranschule der al-Shabaab befreit haben. Dabei sollen vier al-Shabaab-Angehörige getötet worden sein.

Türkei

Notstand erneut verlängert

Die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament stimmte am 18.01.18 für die inzwischen sechste Verlängerung des Notstands seit dem Putschversuch vom Juli 2016 um weitere drei Monate. Die Regierung hatte die Verlängerung am Vortag auf Empfehlung des Sicherheitsrats beschlossen. Der Ausnahmezustand wäre am 19.01.18 abgelaufen und gilt jetzt mindestens bis zum 19.04.18. Die Regierung begründet den Ausnahmezustand mit einem effektiven und schnellen Kampf gegen Terrororganisationen. Damit kann der Staatspräsident weiterhin weitgehend durch Notstandsdekrete regieren, die bis zu einer Aufhebung des Ausnahmezustands nicht vor dem Verfassungsgericht anfechtbar sind.

Journalisten zu Haftstrafen verurteilt

Am 16.01.18 wurden nach Medienberichten fünf Journalisten von einem Istanbuler Gericht wegen Terrorpropaganda zu jeweils 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Grund sei ihre Teilnahme an einer Solidaritätskampagne für die im Oktober 2016 verbotene prokurdische Zeitung Özgür Gündem. Der Chefredakteur des Blattes, Hüseyin Akyol, wurde bereits zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Bis zu einem Berufungsurteil, das in einigen Monaten erwartet wird, sollen sie auf freiem Fuß bleiben.

Türkei/Syrien

Einmarsch türkischer Bodentruppen

Die Türkei begann am 21.01.18 nach Medienberichten mit der angekündigten Armeeooffensive auf die Kurden-Enklave Afrin im Nordwesten Syriens und rückte mit Bodentruppen in der Region vor. Unterstützt werden die türkischen Soldaten von der Freien Syrischen Armee. Zugleich wurden die Luft- und Artillerieangriffe gegen die Kämpfer der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) fortgesetzt. Nach türkischen Angaben kam es bereits zu über 100 Luftangriffen gegen Stellungen der YPG, wobei die meisten Ziele zerstört worden seien. Ziel der „Operation Olivenzweig“ ist nach Angaben von Ministerpräsident Yildirim die Schaffung einer 30 Kilometer breiten Sicherheitszone.

Während die kurdischen YPG-Milizen in Syrien von den USA unterstützt und für den Kampf gegen den IS mit Waffen ausgerüstet wurden, werden sie von türkischer Seite als PKK-Ableger und Terrororganisation betrachtet. Der UN-Sicherheitsrat will sich heute in einer Dringlichkeitssitzung mit der Lage in Syrien beschäftigen. Der französische Außenminister Le Drian hatte nach dem Beginn der türkischen Militäroperation das Treffen gefordert.

Tunesien

Weitere Proteste gegen die Regierung

Am 21.01.18 gab es im ganzen Land erneut Demonstrationen gegen steigende Preise, Steuererhöhungen, Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen. Bei den Protesten kam es immer wieder zu heftigen Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden, sowie Plünderungen und Brandstiftungen. Mehrere hundert Menschen wurden inzwischen festgenommen.

Vietnam

Entführter Ex-Parteifunktionär verurteilt

Der im Juli 2017 aus Berlin nach Vietnam entführte ehemalige Parteifunktionär Trinh Xuan Thanh (vgl. BN v. 08.01.18) wurde am 22.01.18 in Hanoi zu lebenslanger Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, als Chef eines Staatsunternehmens Gelder veruntreut und Bestechungsgelder angenommen zu haben. Am 24.01.18

beginnt ein weiterer Korruptionsprozess gegen Thanh; wie schon in diesem droht ihm dann erneut die Todesstrafe.

Westbalkan

Schwache Demokratien

Im neuen Jahresbericht der US-NGO Freedom House über politische Rechte und Grundfreiheiten werden alle Westbalkanländer (Albanien, Bosnien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien) bis auf Serbien nur als teilweise frei („partly free“) eingestuft. Hauptprobleme sind weiterhin mangelnde Medienfreiheit, Korruption, schwache Institutionen sowie wachsender Autoritarismus. Trotz der Einstufung als frei zeige sich in Serbien ein Abwärtstrend, verursacht durch Präsident Vucics Konsolidierung der Macht. Die schlechteste Performance zeigen Bosnien und Kosovo, die von maximal 100 Punkten rund 50 erreichten.

Auch der neue Bericht von Human Rights Watch (HRW) konstatiert für die Länder auf dem Balkan immer noch alte Menschenrechtsprobleme wie Angriffe auf Journalisten, Diskriminierung von Minderheiten, schlechten Flüchtlingsschutz und fehlenden politischen Willen zur Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Zentralafrikanische Republik

Konflikt im Nordwesten hält an

Der Ende Dezember 2017 ausgebrochene Konflikt zwischen den Rebellen Gruppen Mouvement national pour la libération de la Centrafrique (MNL) und Révolution et Justice (RJ) hält an (vgl. BN v. 15.01.18). Laut dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs flohen mehr als 60.000 Menschen aus dem Umland in die 40.000-Einwohner-Stadt Paoua. Eine unbekannte Zahl habe im Busch Zuflucht gesucht. 15.000 Menschen aus der Stadt Markounda etwa 80 km nordöstlich von Paoua und deren Umland seien in den angrenzenden Tschad geflohen. Die Kämpfe hielten an, man rechne mit weiteren Fluchtbewegungen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de